

Sozialhilfe nach dem NÖ SAG



Allgemeine Information

Antrag auf Sozialhilfe nach dem NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ SAG)

Empfangsstelle

Bezirksverwaltungsbehörde

Antrag

Ich beantrage *

monatliche Leistungen nach dem NÖ SAG

Krankenhilfe

Antragstellende Person

Anrede * Frau Herr

Vorname * _____

Familienname * _____

Familienstand * ledig

geschieden

verwitwet

Lebensgemeinschaft mit: _____

Ehe/eingetragene Partnerschaft mit: _____

Geburtsland * _____

Staatsangehörigkeit * _____

Aufenthaltstitel _____

Berufliche Tätigkeit * _____

Krankenversicherung * ja, bei _____ nein

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Behindertenpass ja nein

Stellvertretung * ja _____

nein

Kontaktdaten

Telefon * _____

E-Mail _____

Angaben zu den Eltern

Geburtsland der Eltern *

Mutter _____ unbekannt

Vater _____ unbekannt

Staatsangehörigkeit der Eltern *

Mutter _____

unbekannt

Vater _____

unbekannt

Arbeit & Integration

Besteht zum Arbeitsmarktservice (AMS) ein Betreuungsverhältnis? ja nein

Von Asylberechtigten und Drittstaatsangehörigen zu beantworten:

Integrationserklärung unterzeichnet ja nein

Werte- und Orientierungskurs absolviert ja nein

B1-Integrationsprüfung absolviert ja nein

Adresse

Straße * _____

Hausnummer * _____ Stiege _____ Tür _____

Postleitzahl * _____ Ort * _____

Anzahl der Personen, die gemeinsam in Haushalts- und Wohngemeinschaft leben: * _____

Tatsächlicher Aufenthalt

Der tatsächliche Aufenthalt entspricht der oben angeführten Adresse *

ja

nein Straße _____

Hausnummer _____ Stiege _____ Tür _____

Postleitzahl _____ Ort _____

Wohnsituation

Eigenheim

Mietobjekt

Genossenschaftswohnung

Sonstiges _____

Miete/Nutzungsentgelt (ohne Betriebskosten)/mtl € * _____

Energielieferant und Energiekosten (Strom)/mtl €:

Energielieferant und Heizungskosten (z.B. Strom)/mtl €:

Betriebskosten _____

Wohnzuschuss * ja, mtl € _____ nein

Monatliches Einkommen (in Euro)

Einkommen aus Erwerbstätigkeit _____

Leistungen des Arbeitsmarktservice

- Arbeitslosengeld _____
- Notstandshilfe _____
- Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts _____
- Rehabilitationsgeld _____
- Pension _____
- Kinderbetreuungsgeld _____
- Unterhalt _____
- Sonstiges (Mieteinnahmen usw.) _____

Aus- und inländisches Vermögen (in Euro)

- Bankkonto/Girokonto _____
Bankinstitut, BIC oder BLZ _____
- Sparguthaben/Sparkonto _____
Bankinstitut, BIC oder BLZ _____
- Bausparvertrag _____
Bausparkasse, Vertragsnummer _____
- Lebensversicherung _____
Versicherungsgesellschaft, Polizze _____
- Kfz _____
Marke, Type und Baujahr _____
- Grundbesitz _____
Grundbuchsnummer (KG) _____
- Sonstiges Vermögen _____

Ergänzende Angaben

Haben Sie einen Antrag auf eine Pension oder Rente gestellt? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Angaben zur zuständigen Pensionsversicherungsanstalt oder zum Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

Haben Sie einen Antrag auf Unterhalt gestellt? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Name des Unterhaltsverpflichteten, Angaben zum zuständigen Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand, Sozialversicherungsnummer des Unterhaltsverpflichteten

Sind Sie durch einen Unfall / durch Fremdverschulden hilfebedürftig geworden? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Name der schädigenden Person, Angaben zum Unfallgeschehen, zuständiges Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

erhaltene Schadenersatzzahlungen _____

zukünftige (regelmäßige) Schadenersatzzahlungen _____

Haben Sie innerhalb des letzten Jahres vor Antragstellung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung an andere Personen übertragen? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu den Daten des Geschenknehmers zu machen:

Vorname _____

Familienname _____

Geburtsdatum _____

Stellvertretung _____

Anschrift _____

Art und Wert des verschenkten Vermögens _____

Die Anweisung der Leistungen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts - soll auf nachstehendes Konto erfolgen:

Kontoinhaber * _____

Bankinstitut _____ IBAN * _____

Leistungen zur Befriedigung des Wohnbedarfs sind als Sachleistung zu gewähren (Anweisung an Vermieter, Energielieferanten). Die Anweisung soll auf nachstehendes Konto erfolgen:

Vermieter * _____

Kontoinhaber _____

Bankinstitut _____ IBAN * _____

Beilagen

Erforderliche Unterlagen: siehe beiliegende Übersicht

Anzahl der angeschlossenen Beilagen * _____

Zustimmung

- Zur Vereinfachung des Verfahrens bin ich mit der elektronischen Kommunikation per E-Mail einverstanden.

Erklärungen, Verpflichtungen und E-Government

Ich erkläre ausdrücklich, dass meine Angaben wahr und vollständig sind und ermächtige die Behörde, nach § 17 Abs. 2 E-GovG zum Nachweis der Richtigkeit der getätigten Angaben Abfragen aus elektronischen Registern (Melderegister, Pflegegeldinformation der Sozialversicherung, Auskunftsverfahren bei Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger etc.) vorzunehmen.

Ich verpflichte mich, dazu

- meine Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen;
- mein Einkommen und verwertbares Vermögen bei der Bemessung der Leistung einzusetzen;
- Ansprüche gegen Dritte zu verfolgen;
- alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind meine Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt, meine Arbeitsfähigkeit oder meine soziale Stabilisierung (z.B. Deutschkurse oder sozialarbeiterische Beratung und Betreuung als Hilfestellung zur (Wieder-)Erlangung der Arbeitsfähigkeit) zu verbessern;
- alle Umstände, die eine Änderung des Leistungsanspruches zur Folge haben könnten, insbesondere Änderungen der Einkommens- und Vermögens-, der Wohn- und der Familienverhältnisse binnen zwei Wochen der Behörde anzuzeigen (Änderungsmeldung).

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- Leistungen gekürzt bzw. eingestellt werden, insbesondere
 - ⇒ bei mangelnder Bereitschaft zum Einsatz der Arbeitskraft,
 - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen die die Arbeitsfähigkeit fördern,
 - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung,
 - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur besseren Integration nach § 16c Abs. 1 IntG
 - ⇒ bei Verweigerung aller sonst zumutbaren Maßnahmen, die dazu beitragen selbst aus der Notlage herauszukommen;
- falsche Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Einstellung und Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken können;
- aufgrund von falschen Angaben oder dem Verschweigen maßgebender Tatsachen eine Verwaltungsstrafe verhängt oder eine Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann;
- Leistungen, die wegen unwahrer Angaben, Verletzung der Anzeigepflicht oder Verschweigung wesentlicher Tatsachen zu Unrecht in Anspruch genommen wurden, rückerstatet sind;
- Personen, denen ich innerhalb des letzten Jahres vor Beginn der Hilfeleistung, während oder drei Jahre nach der Hilfeleistung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung übertragen habe, zum Ersatz der Kosten der bezogenen Leistung herangezogen werden können;
- Leistungen der Sozialhilfe grundbücherlich sichergestellt werden können.

Datenschutz

Allgemeine Informationen nach Artikel 13 DSGVO

Gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung möchten wir Sie informieren, dass die von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten (elektronisch) verarbeitet werden.

Detaillierte Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, Ihren Rechten als betroffene Person einer Datenverarbeitung sowie zum Beschwerderecht bei der Datenschutzbehörde sind im Internet unter www.noe.gv.at/datenschutz abrufbar.

Übermittlung

Bezirkshauptmannschaft:

Bitte speichern Sie das ausgefüllte Formular lokal auf Ihrem Gerät ab und laden Sie dieses, wenn nötig unterschriebene, Formular über das [Online-Formular „Allgemeines Anbringen“](#) hoch und wählen Sie als Dienststelle die zuständige Bezirkshauptmannschaft aus.

Bitte laden Sie im Formular die erforderlichen Unterlagen hoch!

Magistrat:

Bitte übermitteln Sie den Antrag an Ihr zuständiges Magistrat.

Unterschrift

Datum, Unterschrift des Antragstellers oder seines Vertreters (entsprechende Nachweise sind beizulegen)

(entfällt bei digitaler Signatur)

* Bei den mit * gekennzeichneten Feldern handelt es sich um Pflichtfelder.

Einwilligung

Die nachstehend genannten Personen stimmen hiermit der Erteilung von Auskünften und der – auch automationsunterstützt erfolgenden – Verwendung (einschließlich Übermittlung) ihrer Daten im Rahmen von Verfahren nach dem NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ SAG), LGBl. Nr. 70/2019 zu, soweit die Bezirksverwaltungsbehörde nicht bereits von Gesetzes wegen zur Datenverwendung ermächtigt ist.

Ich ermächtige die Behörde, nach § 17 Abs. 2 E-GovG Abfragen aus elektronischen Registern (Melderegister, Pflegegeldinformation der Sozialversicherung, Auskunftsverfahren bei Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger etc.) sowie die Datenermittlung im Wege des Datenfernverkehrs vorzunehmen.

Die Daten werden von der Bezirksverwaltungsbehörde ausschließlich zum Zweck der Entscheidung über Gewährung, Kürzung, Einstellung und Rückforderung von Leistungen nach dem NÖ SAG gemäß den Bestimmungen des NÖ SAG und der DSGVO verwendet und dazu von ua. folgenden Stellen übermittelt: Pensionsversicherungsanstalt, Unfallversicherungsträger, Bezirksgericht (Grundbuch), Gewerbebehörde und Wirtschaftskammer, Niederlassungsbehörden und BFA, Behörden im Sinne des KFG 1967, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Finanzamt, Ärzte, Krankenanstalten, Pflege- und Betreuungspersonen, Bürgermeister der Wohnsitzgemeinde über die Aufnahme, Beendigung oder Verweigerung der Annahme einer gemeinnützigen Hilfstätigkeit.

Diese Einwilligung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Gesetzliche Ermächtigungen der Behörden zur Datenverwendung werden von dieser Widerrufserklärung nicht berührt. Im Falle des Widerrufs dieser Zustimmungserklärung sind die erforderlichen Unterlagen von der jeweiligen Person bzw. ihrer gesetzlichen Vertretung beizubringen. Auf die Mitwirkungs- und Anzeigepflichten von Hilfe suchenden Personen und Personen mit Sozialhilfebezug gemäß § 23 Abs. 2 und § 29 Abs. 1 NÖ SAG wird hingewiesen.

Datenschutz

Gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung möchten wir Sie informieren, dass die von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten (elektronisch) verarbeitet werden. Detaillierte Informationen zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten, den Rechten als betroffene Person einer Datenverarbeitung sowie zum Beschwerderecht bei der Datenschutzbehörde sind im Internet unter www.noegov.at/datenschutz abrufbar.

Name (der am Sozialhilfeantrag genannten Personen)	Unterschrift (der betroffenen Person bzw. deren Vertreters – entsprechende Nachweise sind beizulegen)

Beizulegende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind sowohl hinsichtlich der antragstellenden Person, als auch der in den Beilagen A und B genannten Personen, in Kopie anzuschließen:

- Geburtsurkunde *
- Staatsbürgerschaftsnachweis *
- Geburtsurkunden der Eltern *
- Staatsbürgerschaftsnachweise der Eltern *
- Aufenthaltstitel / Anmeldebescheinigung
- Amtlicher Lichtbildausweis
- Heiratsurkunde / Partnerschaftsurkunde *
- Scheidungsurteil oder Vergleichsausfertigung (jeweils mit Rechtskraftvermerk)
- Strafregisterauszug *
- Vollmachten
- Vermögensnachweise (z.B. Kontoauszüge jedenfalls der letzten drei Monate, Sparbücher, Bausparvertrag, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)
- Einkommensnachweise (z.B. Lohnbestätigung, AMS-Bezugsbestätigung, Rentennachweis, Pensionsmitteilung, Nachweis über Unterhaltsansprüche, Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung/Gewinn und Verlustrechnung jedenfalls der letzten drei Monate, Einheitswertbescheide über land- und forstwirtschaftlichen Besitz, Pachtverträge etc.)
- Bestätigung der Vormerkung zur Arbeitssuche, AMS-Betreuungsvereinbarung
- Behindertenpass gem. § 40 BBG, sofern vorhanden

Von Asylberechtigten und Drittstaatsangehörigen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr sind folgende Unterlagen vorzulegen (sofern vorhanden):

- Integrationserklärung

Arbeitsfähige Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige ab dem vollendeten 15. Lebensjahr, die nicht vom Einsatz der Arbeitskraft ausgenommen sind, haben darüber hinaus folgende Unterlagen vorzulegen (sofern vorhanden):

- Werte- und Orientierungskurs
- B1-Integrationsprüfung

Folgende Unterlagen sind darüber hinaus in Kopie anzuschließen:

- Mietvertrag und aktuelle Miet- und Betriebskostenvorschreibungen (ev. Zahlungsbestätigung der laufenden Miete)
- Rechnungen der Energielieferanten (Strom, Gas)
- Nachweise über Wohnzuschüsse
- im Fall eines Eigenheims: Betriebskostennachweise
- Grundbuchsauszug *

* Diese Unterlagen sind nur soweit durch die antragstellende(n) Person(en) vorzulegen, als diese nicht bereits in den öffentlichen Registern hinterlegt sind.

Zusatzleistung nach dem NÖ SAG



Allgemeine Information

Antrag auf Zusatzleistung für Sonderbedarfe nach dem NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ SAG)

Empfangsstelle

Bezirksverwaltungsbehörde

Antrag

Ich beantrage eine Zusatzleistung für * _____

Antragstellende Person

Anrede * Frau Herr

Vorname * _____

Familienname * _____

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Stellvertretung * ja _____
 nein

Adresse

Hauptwohnsitz vorhanden * ja nein

Straße * _____

Hausnummer * _____ Stiege _____ Tür _____

Postleitzahl * _____ Ort * _____

Sofern kein Hauptwohnsitz vorhanden - derzeitiger Aufenthalt:

Straße * _____

Hausnummer * _____ Stiege _____ Tür _____

Postleitzahl * _____ Ort * _____

Kontaktdaten

Telefon * _____

E-Mail _____

Monatliches Einkommen (in Euro)

Einkommen aus Erwerbstätigkeit _____

Leistungen des Arbeitsmarktservice

Arbeitslosengeld _____

Notstandshilfe _____

Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts _____

- Rehabilitationsgeld _____
- Pension _____
- Kranken-/Wochengeld _____
- Kinderbetreuungsgeld _____
- Unterhalt _____
- Sonstiges (Mieteinnahmen usw.) _____

- Familienbeihilfe ja nein
- Erhöhungsbetrag zur Familienbeihilfe ja nein
- Wird Pflegegeld bezogen? * ja, Stufe: _____ nein

Aus- und inländisches Vermögen (in Euro)

- Girokonto _____
Bankinstitut, BIC oder BLZ _____
- Sparguthaben _____
Bankinstitut, BIC oder BLZ _____
- Bausparvertrag _____
Bausparkasse, Vertragsnummer _____
- Lebensversicherung _____
Versicherungsgesellschaft, Polizze _____

- Kfz _____
Marke, Type und Baujahr _____

- Grundbesitz _____
Grundbuchsnummer (KG) _____
- Sonstiges Vermögen _____

Wohnsituation

- Eigenheim
 - Mietobjekt
 - Genossenschaftswohnung
 - Sonstiges _____
- Miete/Nutzungsentgelt (ohne Betriebskosten)/mtl € * _____
- Betriebskosten/mtl € * _____
- Wohnzuschuss * ja, mtl € _____ nein

Mit dem Antragsteller wohnen im gemeinsamen Haushalt

Personenanzahl * _____

Vorname * _____

Familienname * _____

Verwandtschaftsverhältnis * _____

Krankenversicherung * _____

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Einkommen mtl/€ * _____

(Erwerbseinkommen, Leistungen des AMS, Pension etc.)

Vermögen € * _____

(Konto, Bausparvertrag, Kfz, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)

Vorname * _____

Familienname * _____

Verwandtschaftsverhältnis * _____

Krankenversicherung * _____

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Einkommen mtl/€ * _____

(Erwerbseinkommen, Leistungen des AMS, Pension etc.)

Vermögen € * _____

(Konto, Bausparvertrag, Kfz, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)

Vorname * _____

Familienname * _____

Verwandtschaftsverhältnis * _____

Krankenversicherung * _____

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Einkommen mtl/€ * _____

(Erwerbseinkommen, Leistungen des AMS, Pension etc.)

Vermögen € * _____

(Konto, Bausparvertrag, Kfz, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)

Vorname * _____
Familiename * _____
Verwandtschaftsverhältnis * _____
Krankenversicherung * _____
Versicherungsnummer (10-stellig) * _____
Einkommen mtl/€ * _____
(Erwerbseinkommen, Leistungen des AMS, Pension etc.)
Vermögen € * _____
(Konto, Bausparvertrag, Kfz, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)

Vorname * _____
Familiename * _____
Verwandtschaftsverhältnis * _____
Krankenversicherung * _____
Versicherungsnummer (10-stellig) * _____
Einkommen mtl/€ * _____
(Erwerbseinkommen, Leistungen des AMS, Pension etc.)
Vermögen € * _____
(Konto, Bausparvertrag, Kfz, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)

Aushaftende Verbindlichkeiten

Schulden * ja, € _____ nein
Ursache _____

Früher bezogene Sozialleistungen

Haben Sie bereits einmal eine Unterstützungsleistung der Sozialhilfe in Anspruch genommen? *
 ja, € _____ nein
Behörde/Organisation _____
Zeitpunkt der Auszahlung _____

Förderungen durch andere Behörden/Organisationen

Wurde bei einer anderen Behörde/Organisation eine Förderung beantragt oder bewilligt? *
 ja, € _____ nein
Behörde/Organisation _____
Zeitpunkt der Auszahlung _____

Die Anweisung der Zusatzleistung soll auf nachstehendes Konto erfolgen:

Kontoinhaber * _____
Bankinstitut _____ IBAN * _____

Beilagen

Erforderliche Unterlagen: siehe beiliegende Übersicht (Seite 6)

Anzahl der angeschlossenen Beilagen * _____

Zustimmung

Zur Vereinfachung des Verfahrens bin ich mit der elektronischen Kommunikation per E-Mail einverstanden.

Erklärungen, Verpflichtungen und E-Government

Ich erkläre ausdrücklich, dass meine Angaben wahr und vollständig sind und ermächtige die Behörde, nach § 17 Abs. 2 E-GovG zum Nachweis der Richtigkeit der getätigten Angaben Abfragen aus elektronischen Registern (Melderegister, Pflegegeldinformation der Sozialversicherung, Auskunftsverfahren bei Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger etc.) vorzunehmen.

Ich verpflichte mich, dazu

- meine Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen;
- mein Einkommen und verwertbares Vermögen einzusetzen;
- Ansprüche gegen Dritte zu verfolgen;
- alle Umstände, die eine Änderung des Leistungsanspruches zur Folge haben könnten, insbesondere Änderungen der Einkommens- und Vermögens-, der Wohn- und der Familienverhältnisse binnen vier Wochen der Behörde anzuzeigen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass falsche oder unwahre Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken können und Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann.

Datenschutz

Allgemeine Informationen nach Artikel 13 DSGVO

Gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung möchten wir Sie informieren, dass die von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten (elektronisch) verarbeitet werden. Detaillierte Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, Ihren Rechten als betroffene Person einer Datenverarbeitung sowie zum Beschwerderecht bei der Datenschutzbehörde sind im Internet unter www.noel.gv.at/datenschutz abrufbar.

Übermittlung

Bezirkshauptmannschaft:

Bitte laden Sie das ausgefüllte und wenn nötig unterschriebene Formular über das [Online-Formular „Allgemeines Anbringen“](#) hoch und wählen Sie als Dienststelle die zuständige Bezirkshauptmannschaft aus!

Bitte laden Sie im Formular die erforderlichen Unterlagen hoch!

Magistrat:

Bitte übermitteln Sie den Antrag an Ihr zuständiges Magistrat.

Unterschrift

Datum, Unterschrift des Antragstellers oder seines Vertreters (entsprechende Nachweise sind beizulegen)

(entfällt bei digitaler Signatur)

Einwilligung

Ich, _____, geb. am _____,
wohnhaft in _____,
bin damit einverstanden, dass die Bezirksverwaltungsbehörde an meinen zukünftigen Vermieter
bzw. Energieanbieter personenbezogene Daten übermittelt bzw. von diesem eingeholt werden.

Datum, Unterschrift des Antragstellers oder seines Vertreters (entsprechende Nachweise sind beizulegen)
(entfällt bei digitaler Signatur)

1. Nachweise für Notwendigkeiten:

- Offene Rechnungen
- Kostenvoranschläge
- Vormietverträge
- Vereinbarung über die Kaution und Miete

2. Angaben zur Person:

- Amtlicher Lichtbildausweis
- Geburtsurkunde oder Staatsbürgerschaftsnachweis *
- bei EWR-Bürgern: fremdenpolizeiliche Anmeldebescheinigung
- bei Nicht-EWR-Bürgern: Aufenthaltsbewilligung, Asylbescheid
- Vollmachten
- Heiratsurkunde / Partnerschaftsurkunde *
- Scheidungsurteil oder Vergleichsausfertigung (jeweils mit Rechtskraftvermerk)

3. Vermögen:

3.1. Einkommens- und Pflegegeldnachweise:

- Lohnbestätigungen der letzten drei Monate ab Antragstellung (auch bei einer geringfügigen Beschäftigung)
- Kontoauszüge der letzten drei Monate ab Antragstellung
- AMS-Bezugsbestätigung
- Pensions- und Rentenbestätigung
- Bestätigung über Krankengeld, Wochengeld und Kinderbetreuungsgeld
- Bestätigung über Pensionsvorschuss
- Nachweise über Unterhaltsansprüche/Alimentationsansprüche
- sonstige Einkommensbestätigungen (Leibrente etc.)
- Gewinn- und Verlustrechnung, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung der letzten drei Monate

3.2. Vermögensnachweise:

- Versicherungspolizzen (Sterbekostenversicherung, Lebensversicherung etc.)
- Sparbücher
- Bausparverträge
- Wertpapiere
- Fonds
- Fahrzeuge (PKW, LKW, Traktoren etc.)
- sonstiges Vermögen (Barvermögen, Schmuck etc.)

4. Nachweise über Ausgaben und Zahlungen:

- Mietvertrag/Genossenschaftsvereinbarung
- Aktuelle Miet- und Betriebskostenvorschreibungen
- Zahlungsbestätigung der laufenden Miete
- Energiekostenabrechnungen (Gas/Strom/Holz/Öl etc.)
- Nachweise über Alimentationszahlungen/Unterhaltszahlungen (Scheidungsvergleich)
- Gebäudeversicherung (Polizze)
- Rauchfangkehrerabrechnung
- Abfallabrechnung (Müll)
- Gemeindeabrechnungen (Wasser / Kanal)

* Diese Unterlagen sind nur soweit durch die antragstellende(n) Person(en) vorzulegen, als diese nicht bereits in den öffentlichen Registern hinterlegt sind.

Sozialhilfe nach dem NÖ SAG



Beilage A

Angaben zu allen im gemeinsamen Haushalt/in Wohngemeinschaft lebenden Personen, unabhängig davon, ob diese Person einen Antrag auf Leistungen der Sozialhilfe nach dem NÖ SAG stellt. Pro Person ist jeweils eine gesonderte Beilage auszufüllen.

Antrag

Ich beantrage *

monatliche Leistungen nach dem NÖ SAG

Krankenhilfe

Personenbezogene Daten

Anrede * Frau Herr

Vorname * _____

Familienname * _____

Familienstand * ledig
 geschieden
 verwitwet
 Lebensgemeinschaft mit: _____
 Ehe/eingetragene Partnerschaft mit: _____

Geburtsland * _____

Staatsangehörigkeit * _____

Aufenthaltstitel _____

Berufliche Tätigkeit * _____

Krankenversicherung * ja, bei _____ nein

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Behindertenpass ja nein

Stellvertretung * ja _____
 nein

Kontaktdaten

Telefon * _____

E-Mail _____

Angaben zu den Eltern

Geburtsland der Eltern *

Mutter _____ unbekannt

Vater _____ unbekannt

Staatsangehörigkeit der Eltern *

Mutter _____

unbekannt

Vater _____

unbekannt

Angaben zur Person (eines ankreuzen)

Kind von _____ und von _____

Lebenspartner/Ehepartner/Eingetragener Partner der antragstellenden Person

Mitbewohner der antragstellenden Person

Elternteil der antragstellenden Person

Sonstiges _____

Arbeit & Integration

Besteht zum Arbeitsmarktservice (AMS) ein Betreuungsverhältnis? ja nein

Von Asylberechtigten und Drittstaatsangehörigen zu beantworten:

Integrierungserklärung unterzeichnet ja nein

Werte- und Orientierungskurs absolviert ja nein

B1-Integrationsprüfung absolviert ja nein

Monatliches Einkommen (in Euro)

Einkommen aus Erwerbstätigkeit _____

Leistungen des Arbeitsmarktservice

Arbeitslosengeld _____

Notstandshilfe _____

Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts _____

Rehabilitationsgeld _____

Pension _____

Unterhalt _____

Sonstiges _____

Aus- und inländisches Vermögen (in Euro)

Bankkonto/Girokonto _____

Bankinstitut, BIC oder BLZ _____

Sparguthaben/Sparkonto _____

Bankinstitut, BIC oder BLZ _____

Bausparvertrag _____

Bausparkasse, Vertragsnummer _____

- Lebensversicherung _____
Versicherungsgesellschaft, Polizze _____

- Kfz _____
Marke, Type und Baujahr _____

- Grundbesitz _____
Grundbuchsnummer (KG) _____
- Sonstiges Vermögen _____

Ergänzende Angaben

Haben Sie einen Antrag auf eine Pension, Rente oder Pflegegeld gestellt? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Angaben zur zuständigen Pensionsversicherungsanstalt oder zum Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

Haben Sie einen Antrag auf Unterhalt gestellt? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Name des Unterhaltsverpflichteten, Angaben zum zuständigen Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

Sind Sie durch einen Unfall / durch Fremdverschulden hilfebedürftig geworden? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Name der schädigenden Person, Angaben zum Unfallgeschehen, zuständiges Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

- erhaltene Schadenersatzzahlungen _____
- zukünftige (regelmäßige) Schadenersatzzahlungen _____

Haben Sie innerhalb des letzten Jahres vor Antragstellung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung an andere Personen übertragen? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu den Daten des Geschenknehmers zu machen:

Vor- und Familienname _____

Geburtsdatum _____

Stellvertretung _____

Anschrift _____

Art und Wert des verschenkten Vermögens _____

Die Anweisung der Leistungen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts - soll auf nachstehendes Konto erfolgen:

Die Anweisung soll auf das Konto der antragstellenden Person erfolgen: ja nein

Wenn nein – Anweisung soll auf folgendes Konto erfolgen:

Kontoinhaber _____

Bank _____

IBAN _____

Leistungen zur Befriedigung des Wohnbedarfs sind als Sachleistung zu gewähren (Anweisung an Vermieter, Energielieferanten). Die Anweisung erfolgt auf das im Antragsformular angegebene Konto.

Erklärungen, Verpflichtungen und E-Government

Ich erkläre ausdrücklich, dass meine Angaben wahr und vollständig sind und ermächtige die Behörde, nach § 17 Abs. 2 E-GovG zum Nachweis der Richtigkeit der getätigten Angaben Abfragen aus elektronischen Registern (Melderegister, Pflegegeldinformation der Sozialversicherung, Auskunftsverfahren bei Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger etc.) vorzunehmen.

Ich verpflichte mich, dazu

- meine Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen;
- mein Einkommen und verwertbares Vermögen bei der Bemessung der Leistung einzusetzen;
- Ansprüche gegen Dritte zu verfolgen;
- alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind meine Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt, meine Arbeitsfähigkeit oder meine soziale Stabilisierung (z.B. Deutschkurse oder sozialarbeiterische Beratung und Betreuung als Hilfestellung zur (Wieder-)Erlangung der Arbeitsfähigkeit) zu verbessern;
- alle Umstände, die eine Änderung des Leistungsanspruches zur Folge haben könnten, insbesondere Änderungen der Einkommens- und Vermögens-, der Wohn- und der Familienverhältnisse binnen zwei Wochen der Behörde anzuzeigen (Änderungsmeldung).

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- Leistungen gekürzt bzw. eingestellt werden, insbesondere
 - ⇒ bei mangelnder Bereitschaft zum Einsatz der Arbeitskraft,
 - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen die die Arbeitsfähigkeit fördern,
 - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung,
 - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur besseren Integration nach § 16c Abs. 1 IntG,
 - ⇒ bei Verweigerung aller sonst zumutbaren Maßnahmen, die dazu beitragen selbst aus der Notlage herauszukommen;
- falsche Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Einstellung und Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken können;
- aufgrund von falschen Angaben oder dem Verschweigen maßgebender Tatsachen eine Verwaltungsstrafe verhängt oder eine Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann;
- Leistungen, die wegen unwahrer Angaben, Verletzung der Anzeigepflicht oder Verschweigung wesentlicher Tatsachen zu Unrecht in Anspruch genommen wurden, rückzuerstatten sind;
- Personen, denen ich innerhalb des letzten Jahres vor Beginn der Hilfeleistung, während oder drei Jahre nach der Hilfeleistung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung übertragen habe, zum Ersatz der Kosten der bezogenen Leistung herangezogen werden können;
- Leistungen der Sozialhilfe grundbücherlich sichergestellt werden können.

Datenschutz

Allgemeine Informationen nach Artikel 13 DSGVO

Gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung möchten wir Sie informieren, dass die von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten (elektronisch) verarbeitet werden. Detaillierte Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, Ihren Rechten als betroffene Person einer Datenverarbeitung sowie zum Beschwerderecht bei der Datenschutzbehörde sind im Internet unter www.noel.gv.at/datenschutz abrufbar.

(Zustellungs-)bevollmächtigte Person (falls gewünscht)

Ich bin damit einverstanden, dass die antragstellende Person Zustellungen empfängt und Eingaben tätigt bzw. dürfen dieser Auskünfte erteilt werden.

ja

nein, Zustellungen sollen erfolgen an _____

Unterschrift

Datum, Unterschrift des Antragstellers oder seines Vertreters (entsprechende Nachweise sind beizulegen)

(entfällt bei digitaler Signatur)

Sozialhilfe nach dem NÖ SAG



Beilage B

Angehörige (Kinder, Eltern, Ehepartner, Eingetragene Partner), die **NICHT** im gemeinsamen Haushalt leben. Pro Person ist jeweils eine gesonderte Beilage auszufüllen.

Personenbezogene Daten

Anrede * Frau Herr

Vorname * _____

Familienname * _____

Krankenversicherung * ja, bei _____ nein

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Berufliche Tätigkeit * _____

Stellvertretung * ja _____
 nein

Angaben zur Person (eines ankreuzen)

Kind von _____ und von _____

Lebenspartner/Ehepartner/Eingetragener Partner der antragstellenden Person

Elternteil der antragstellenden Person

Sonstiges _____

Monatliches Einkommen (in Euro)

Einkommen aus Erwerbstätigkeit _____

Leistungen des Arbeitsmarktservice _____

Arbeitslosengeld _____

Notstandshilfe _____

Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts _____

Rehabilitationsgeld _____

Pension _____

Unterhalt _____

Sonstiges _____

Unterschrift

Datum, Unterschrift

(entfällt bei digitaler Signatur)



Informationsblatt zur Sozialhilfe nach dem NÖ SAG

In Ausführung der Bestimmungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes, das am 01.06.2019 in Kraft getreten ist, hat der Landtag von Niederösterreich am 13.06.2019 das NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ SAG) beschlossen. Dieses Gesetz ist am 01.01.2020 in Kraft getreten und wurde zuletzt mit 05.01.2026 novelliert.

Die Sozialhilfe nach dem NÖ SAG umfasst Leistungen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und zur Befriedigung des Wohnbedarfs für Menschen, die in eine finanzielle Notlage geraten sind, sich ihren Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln (Einkommen, Vermögen) nicht mehr leisten können und diesen auch nicht von anderen Personen und Einrichtungen erhalten.

Anspruchsvoraussetzungen

- Kein oder zu geringes Einkommen
- Kein Vermögen
- Hauptwohnsitz und tatsächlicher, dauernder Aufenthalt in NÖ
Eine Ortsabwesenheit von bis zu zwei Wochen hindert den tatsächlichen, dauernden Aufenthalt nicht.
- Zum dauernden Aufenthalt in Österreich berechtigt; bei einem befristeten Aufenthaltstitel können auf Grundlage des Privatrechts Leistungen zur Vermeidung von sozialen Härten gewährt werden.
- Arbeitswilligkeit, sofern keine Arbeitsunfähigkeit/Ausnahme vom Einsatz der Arbeitskraft vorliegt
- Vorlage der Unterlagen (siehe Anhang 1)

Antragstellung bei

- Bezirkshauptmannschaft oder Magistrat
- Wohnsitzgemeinde

Zuständig für die Entscheidung

- Bezirkshauptmannschaft oder Magistrat

Leistungen

- Geld- oder Sachleistung in Form von pauschalisierten Richtsätzen (siehe Anhang 2)
- Geldleistungen an volljährige Bezugsberechtigte sind pro Haushaltsgemeinschaft mit 175% begrenzt.
- Anspruch auf Sozialhilfe besteht ab einem errechneten Mindestbetrag von € 5,- pro bezugsberechtigter Person
- Zuschläge für alleinerziehende Personen
- Zuschläge für Personen mit Behinderung – für Inhaber eines Behindertenpasses
- Übernahme der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung
- Freibetrag bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Auszahlung/Anmeldung zur Krankenversicherung

- Leistungen werden am Monatsende im Nachhinein überwiesen
- Es kann von der Behörde nur der Antragsteller direkt bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zur Versicherung angemeldet werden. Für alle Angehörigen des Antragstellers muss bei der ÖGK ein Antrag auf Mitversicherung gestellt werden (die Beiträge hierfür werden jedoch im Rahmen der Sozialhilfe übernommen).

Pflichten

- Jede Änderung der Anspruchsvoraussetzungen ist unverzüglich, längstens aber innerhalb von zwei Wochen bei der Bezirkshauptmannschaft oder beim Magistrat zu melden. Zum Beispiel:
 - Änderungen bei Einkommen oder Vermögen
 - Änderungen der Wohn- oder Familienverhältnisse
 - Änderungen des rechtmäßigen Aufenthaltes in Österreich
 - die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit
 - Aufenthalte in Kranken- oder Kuranstalten
 - länger als zwei Wochen dauernde sonstige Abwesenheiten
- Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten (z.B. Unterhalt, Krankengeld)
- Einsatz der Arbeitskraft
- Alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind die Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt, die Arbeitsfähigkeit oder soziale Stabilisierung (z.B. Deutschkurse oder sozialarbeiterische Beratung und Betreuung als Hilfestellung zur (Wieder-)Erlangung der Arbeitsfähigkeit) zu verbessern

Abweisung/Kürzung/Einstellung

Bei Verletzung der Mitwirkungspflichten, zweckwidriger Verwendung von Sozialleistungen, Arbeitsverweigerung, Nichtteilnahme an AMS-Kursen/Maßnahmen wird der Antrag auf

Sozialhilfe zurück- oder abgewiesen bzw. wird eine bestehende Leistung gekürzt oder zur Gänze eingestellt.

Bei Verletzung der Pflichten nach § 16c Abs. 1 IntG (z.B.: Integrationserklärung), wird eine bestehende Leistung gekürzt.

Rückerstattung, Kostenersatz und Strafen

In den folgenden Fällen ist die Leistung zurückzuzahlen und kann auch eine Strafe folgen:

- bei Verletzung der Meldepflicht von Änderungen
- bei falschen Angaben oder Verschweigen von relevanten Tatsachen
- Nachträgliche Erlangung von verwertbarem Vermögen (z.B. Erbschaft)
- Ersatz durch Geschenknehmer

Freibetrag für Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Ein Freibetrag kann nur gewährt werden, wenn seit mindestens einem Monat die Sozialhilfe bezogen wird und anschließend eine Erwerbstätigkeit (auch geringfügig) aufgenommen wird. Die Aufnahme der Erwerbstätigkeit, also der Arbeitsbeginn, muss unverzüglich, längstens aber innerhalb von zwei Wochen bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft bzw. dem Magistrat gemeldet werden. Der Freibetrag muss nicht eigens beantragt werden. Die Höhe des Freibetrags beträgt 35 % des monatlichen Nettoeinkommens. Der Freibetrag wird für maximal 12 Monate gewährt.

WICHTIGER HINWEIS:

Eine Hilfe suchende Person hat Ansprüche gegen Dritte (Eltern, Ehegatten,...), bei deren Erfüllung Leistungen der Sozialhilfe nicht oder nicht in diesem Ausmaß zu leisten wären, zu verfolgen, soweit dies nicht offenbar aussichtslos oder unzumutbar ist.

Anhang 1:

Vorzulegende Unterlagen:

- Geburtsurkunde *
- Staatsbürgerschaftsnachweis *
- Geburtsurkunden der Eltern *
- Staatsbürgerschaftsnachweise der Eltern *
- Aufenthaltstitel / Anmeldebescheinigung
- Amtlicher Lichtbildausweis
- Heiratsurkunde / Partnerschaftsurkunde *
- Scheidungsurteil oder Vergleichsausfertigung (jeweils mit Rechtskraftvermerk)
- Behindertenpass (sofern vorhanden)
- Strafregisterauszug *
- Vollmachten
- Vermögensnachweise (z.B. Kontoauszüge jedenfalls der letzten drei Monate, Sparbücher, Bausparvertrag, Lebensversicherung, Aktien, Wertpapiere etc.)
- Einkommensnachweise (z.B. Lohnbestätigung, AMS-Bezugsbestätigung, Rentennachweis, Pensionsmitteilung, Nachweis über Unterhaltsansprüche, Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung/Gewinn und Verlustrechnung jedenfalls der letzten drei Monate, Einheitswertbescheide über land- und forstwirtschaftlichen Besitz, Pachtverträge etc.)
- Bestätigung der Vormerkung zur Arbeitssuche, AMS-Betreuungsvereinbarung
- Mietvertrag und aktuelle Miet- und Betriebskostenvorschreibungen (ev. Zahlungsbestätigung der laufenden Miete)
- Rechnungen der Energielieferanten (Strom, Gas)
- Nachweise über Wohnzuschüsse
- Im Fall eines Eigenheims: Betriebskostennachweise
- Grundbuchsauszug *
- Von Asylberechtigten und Drittstaatsangehörigen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr sind folgende Unterlagen vorzulegen (sofern vorhanden):
 - Integrationserklärung
- Arbeitsfähige Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige ab dem vollendeten 15. Lebensjahr, die nicht vom Einsatz der Arbeitskraft ausgenommen sind, haben darüber hinaus folgende Unterlagen vorzulegen (sofern vorhanden):
 - Werte- und Orientierungskurs
 - B1-Integrationsprüfung

* Diese Unterlagen sind nur soweit durch die antragstellende(n) Person(en) vorzulegen, als diese nicht bereits in den öffentlichen Registern hinterlegt sind.

Anhang 2:

Sozialhilfe – Richtsätze 2026

Sozialhilfe, Miete			
	Leben	Wohnen	Gesamt
Alleinstehende/Alleinerziehende 100%	737,93	491,96	1229,89
1. und 2. leistungsberechtigte, in Haushaltsgemeinschaft lebende Person 70%	516,55	344,37	860,92
ab der 3. leistungsberechtigten, in Haushaltsgemeinschaft lebenden Person 45%	332,07	221,38	553,45

Sozialhilfe, Eigentum			
	Leben	Wohnen	Gesamt
Alleinstehende/Alleinerziehende 100%	737,93	245,98	983,91
1. und 2. leistungsberechtigte, in Haushaltsgemeinschaft lebende Person 70%	516,55	172,19	688,74
ab der 3. leistungsberechtigten, in Haushaltsgemeinschaft lebenden Person 45%	332,07	110,69	442,76

in Haushaltsgemeinschaft lebende, unterhaltsberechtigte mj. Person			
			Leben
bei einer mj. Person	25%		307,47
bei zwei mj. Personen	20%	pro Kind	245,98
bei drei mj. Personen	15%	pro Kind	184,48
bei vier mj. Personen	12,5%	pro Kind	153,74
bei fünf oder mehr mj. Personen	12%	pro Kind	147,59

Zuschlag für Alleinerzieher			
			Leben
1. mj. Person	12%		147,59
2. mj. Person	9%		110,69
3. mj. Person	6%		73,79
ab der 4. mj. Person	3%		36,90

Sonstiges		
Zuschlag für Behinderung (mit Behindertenpass)	18%	221,38
Begrenzung von Geldleistungen	175%	2.152,31
Untergrenze bei der Begrenzung von Geldleistungen	20%	245,98
Schonvermögen 600% des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende		7.379,34